

Wir brauchen eine Perspektive der Entwicklung anstelle des Paradigmas der Entvölkerung!

Von Alexander Hartmann – 18. April 2015

Die Welt ist an einem Punkt angelangt, an dem sie mit dem derzeit vorherrschenden Paradigma der Verknappung brechen muß, um zu überleben – und die gute Nachricht ist, daß offenbar ein großer Teil der Nationen der Welt genau dazu bereit ist.

Schon in den frühen 1970er Jahren, nach der Abkopplung des Dollars vom Gold und der Zerstörung des Bretton-Woods-Finanzsystems, warnte der Ökonom Lyndon LaRouche, daß sich die westliche Welt damit auf einen Kurs begeben habe, der sie immer tiefer in die Krise führen werde: Anstelle der physischen Wirtschaft würden Spekulationsblasen aufgebaut und der Lebensstandard der Bevölkerung immer weiter gesenkt werden. An einem bestimmten Punkt, warnte LaRouche, würden dann einige politisch wesentliche Kräfte (LaRouche sprach damals von „Nazis ohne Hakenkreuz“) nicht davor zurückschrecken, die Fortsetzung dieser Politik mit Gewalt durchzusetzen – mit Hilfe faschistischer Bewegungen, wie schon in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Dieser Politik der Verknappung liegt ein Denken zugrunde, das den Menschen lediglich als Verbraucher von knappen Gütern und Rohstoffen betrachtet, der sich seinen Anteil an diesen Gütern nur auf Kosten anderer sichern könne; jeder andere Mensch gilt als Konkurrent – und je weniger Konkurrenten es gebe, desto besser. Ein Paradigma des Todes, der Entvölkerung.

Wie sich dieses Paradigma auswirkt, zeigen einige besonders krasse Beispiele der heutigen Welt:

* **Die Wasserpolitik in Kalifornien:** Dort hat Gouverneur Jerry Brown, der seit Jahrzehnten für seine „grüne“ Politik bekannt ist, aufgrund der sich immer mehr zuspitzenden Dürre eine pauschale Kürzung der Wasserzuteilungen um 25% verhängt, ohne irgendwelche anderen Maßnahmen zur Behebung der Krise in Aussicht zu stellen oder auch nur zu diskutieren. Ausgenommen von der Kürzung sind nur wenige, aber darunter befinden sich z.B. Energiefirmen, die Öl- und Gasvorkommen mit Hilfe des „hydraulischen Aufbrechens“ von Gesteinsschichten (Fracking) erschließen – wobei viel Wasser verbraucht und in vielen Fällen kostbares Grundwasser geschädigt wird –, und Mineralwasserproduzenten, die sich jeden Liter Wasser, in Flaschen abgefüllt, mit bis zu 4 Dollar bezahlen lassen. Hunderttausende Hektar produktivsten Agrarlandes können nicht genutzt werden, weil nicht genug Wasser zur Bewässerung zur Verfügung steht; auf die Verknappung des Wassers wird die Verknappung der Nahrungsmittel folgen.

Anstatt sich ein Vorbild bei seinem eigenen Vater Pat Brown zu nehmen, der als Gouverneur in den 1960er Jahren das große Kalifornische Wasserprojekt verwirklichte, das die Wasserversorgung des Landes über Jahrzehnte sicherstellte und seine Industrialisierung und den Ausbau

der Landwirtschaft ermöglichte, behauptet Jerry Brown achselzuckend, Kalifornien sei sowieso stark überbevölkert – wo jetzt knapp 40 Millionen Menschen leben, hätten früher ja nur 400.000 Menschen gelebt. Er verfolgt also faktisch eine Entvölkerungspolitik für seinen eigenen Bundesstaat.

* **Die Politik der EU-Troika** gegenüber den südeuropäischen Krisenstaaten, insbesondere gegenüber Griechenland. Um die verfehlten Spekulationen der Großbanken nicht abschreiben zu müssen, wurden diesen Ländern mit teilweise offensichtlich illegalen und illegitimen Mitteln viele Milliarden an Krediten aufgedrängt, die fast ausschließlich in die Stützung der Banken geflossen sind. Die betroffenen Länder wurden gezwungen, dafür ihre Rentensysteme, ihre Gesundheitssysteme und andere soziale Einrichtungen zu opfern. Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, sodaß auch die Fähigkeit, diese Kredite zu bedienen, immer mehr schwindet – mit einer tatsächlichen Rückzahlung rechnete sicher sowieso niemand.

Diese Politik wird kompromißlos weiterverfolgt, obwohl sie offensichtlich völlig gescheitert ist – selbst da, wo sie, wie in Griechenland, gar nicht mehr durchsetzbar ist, weil die Bevölkerung dort im Januar eine neue Regierung gewählt hat, die nicht mehr bereit ist, die Menschen auf dem Altar der Bankenrettung zu opfern.

Hauptbannerträger dieser verfehlten Politik ist der Weltwährungsfonds (IWF), der sich nicht nur weigert, Griechenland in irgendeiner Weise bei seinen Krediten entgegenzukommen, sondern aus den „Hilfskrediten“ an Griechenland sogar noch Milliardengewinne zieht. Für die betroffene Bevölkerung haben sich die Lebensbedingungen so verschlechtert, daß viele, insbesondere junge Menschen auf der Suche nach einer Zukunft ins Ausland gehen – auch hier also eine Politik der Entvölkerung.

* **Die Politik des Westens gegenüber der Ukraine**, wo der Westen unter Einsatz etlicher Milliarden unter dem Deckmantel der „Förderung der Demokratie“ seit Jahren rußlandfeindliche Nazigruppen gefördert und paramilitärisch ausgebildet hat, die dann, als die ukrainische Regierung sich weigerte, den wirtschaftlich selbstmörderischen Kurs der EU-Assoziierung weiterzuverfolgen, dazu eingesetzt wurden, diese Regierung durch einen Putsch zu stürzen. Die Nazimilizen wurden in die Nationalgarde integriert und dazu eingesetzt, den russischsprechenden Bevölkerungsgruppen mit Gewalt eine Ukrainisierung aufzuzwingen.

Gegner dieser Politik, wie z.B. die frühere Präsidentschaftskandidatin Natalja Witrenko, werden politisch verfolgt und kriminalisiert oder sogar, wie die Welle von Morden an prominenten Regimegegnern in den letzten Wochen und Monaten zeigt, physisch eliminiert. All dies

wird von den westlichen Regierungen entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder beschönigt.

Tatsächlich ging es dem Westen bei der Unterstützung dieser Nazigruppen niemals darum, den Ukrainern Demokratie oder bessere Lebensbedingungen zu verschaffen; die Ukraine interessiert den Westen bloß als militärisches Aufmarschgebiet gegenüber dem Konkurrenten Rußland. Die Lage der ukrainischen wie der ethnisch russischen Bevölkerung hat sich dramatisch verschlechtert, Hunderttausende fliehen vor Krieg und Verfolgung aus dem Land. Mit einem Wort: Entvölkerung.

Das Neue Paradigma der Entwicklung

Die Alternative zu dieser Entvölkerungspolitik beschrieb die Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, am 16. April bei einem Seminar des Magazins *Executive Intelligence Review* in New York: ein Paradigma, das den Menschen als ein kreatives Wesen betrachtet, das im Gegensatz zu den Tieren in der Lage ist, durch immer neue Erkenntnisse, Erfindungen und Ideen und durch die Zusammenarbeit mit allen anderen Menschen mehr Reichtum für alle zu erzeugen; ein Paradigma, bei dem der Mensch die Probleme überwindet, indem er die natürlichen Prozesse auf der Erde und in der Galaxis studiert und nutzbar macht, um die Welt umzugestalten und seine Lebensbedingungen zu verbessern.

Tatsächlich vollziehe sich in der heutigen Welt „etwas ganz Phantastisches“, denn es entstehe derzeit sehr schnell ein völlig neues Wirtschaftssystem, erklärte Frau Zepp-LaRouche. Sie verwies auf den Beschluß des Gipfeltreffens der BRICS-Gruppe in Brasilien im Juli 2014, durch die Gründung der Neuen Entwicklungsbank ein Kreditsystem zur Finanzierung großer Infrastrukturprojekte in aller Welt zu schaffen.

Eine ganz besondere Vorreiterrolle komme dabei China zu. Mit seinen Projekten des „Wirtschaftsgürtels der Neuen Seidenstraße“ und der „Maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ („Ein Gürtel, eine Straße“) und den dafür geschaffenen Entwicklungsbanken und Abkommen mit Nationen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens habe das Land ein „ganzes System von Beziehungen“ geschaffen: das, „was Präsident Xi Jinping eine ‚win-win‘-Politik oder sogar eine ‚win-win-win‘-Politik nennt“.

Diese beruhe auf der Idee, „daß die Entwicklung der grundlegenden Infrastruktur, durch die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit und den Ausbau der Verbindungen zwischen diesen Nationen, daß all dies zum gegenseitigen Nutzen aller beteiligten Nationen führen wird“.

Damit gehe ein ganz neues weltweites System von Banken und Kreditinstituten einher, um diese und andere Projekte zu finanzieren – wie z.B. die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB). „Die Leute waren recht erstaunt über die Wende, die sich vollzog, als die Verhandlungen darüber, wer zu den Gründungsmitgliedern der AIIB gehören würde – sie wurden vor einigen Tagen abgeschlossen – in die Schlußphase gingen. Und siehe da, die

AIIB hat 57 Gründungsmitglieder. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Lage ganz dramatisch falsch eingeschätzt und enormen Druck auf ihre Verbündeten und auch auf die Entwicklungsländer ausgeübt, sich unter den gegebenen Umständen nicht an der AIIB zu beteiligen.“

Es sei das offensichtliche Ziel – und dies werde von führenden Vertretern der BRICS-Staaten auch ausdrücklich so gesagt –, mit Hilfe dieser Banken die Armut innerhalb kurzer Zeit auf dem gesamten Planeten zu beseitigen. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf mehrere „absolut begeisternde Reden“ des indischen Premierministers Narendra Modi, „der es zum nationalen Ziel erklärte, die Armut in seinem Land zu beseitigen“.

Ein Teil dieses Programms seien die großen Wasserprojekte, mit denen China die Wasserknappheit im Norden des Landes bekämpft – im Gegensatz zu der bereits beschriebenen Vorgehensweise in Kalifornien, wo mit der Knappheit des Wassers spekuliert werde: „China hat in den letzten Jahren die beiden größten Wasserprojekte der Welt entwickelt. Da ist der Dreischluchtendamm, der den Abfluß des Jangtse verändert und ihn in die größte Stromquelle der Welt verwandelt hat, mit einer Leistung 22,5 GW – und er bewahrt natürlich jedes Jahr Tausende von Menschen vor dem Ertrinken und schafft einen wirksamen Hochwasserschutz. Und zweitens gibt es das Süd-Nord-Wassertransfer-Programm, von dem inzwischen zwei der drei Teile fertiggestellt sind.“

China sei nicht das einzige Land, das diesen produktiven Ansatz gewählt hat. Auch in Indien gebe es große Wasserregulierungs- und Wasserkraftprojekte, die von Ministerpräsident Modi wieder aufgegriffen wurden.

Die Lösung ist da

Frau Zepp-LaRouche forderte ihre Hörer auf, alles zu tun, „um die Vereinigten Staaten und Europas Nationen zu überzeugen, daß sie sich den BRICS und der Seidenstraßen-Politik anschließen sollten. Ich glaube, daß wir an einem Punkt angekommen sind, wo wir entweder die politische und wirtschaftliche Ordnung in Übereinstimmung mit den realen Gesetzen des Universums – des physischen Universums – bringen, oder wir drohen uns selbst in einer nuklearen Vernichtung auszulöschen.“

Diese Idee, daß die Gesetze des Universums die Richtschnur für die politische Ordnung auf dem Planeten sein müssen, finde man in allen großen Kulturen – auch in der christlich-humanistischen Tradition der europäischen Kultur, zu der auch die Vereinigten Staaten gehören. „Ich denke also, wir haben eine unglaublich optimistische Situation. Sie ist voller Gefahren, uns droht sehr unmittelbar ein Dritter Weltkrieg. Aber die Lösung ist da ... Ich denke, wir müssen die wahrhaft amerikanische Tradition wiederbeleben, dann wird auch Europa folgen ... Ich denke, wir können eine Wende erreichen. Und ich möchte Sie alle bitten, sich unseren Bemühungen anzuschließen.“

Dieser Artikel online:



bueso.de/node/7991